

Teilstudien- und Prüfungsordnung

des Fachbereichs V - Rechtswissenschaft der Universität Trier für das rechtswissenschaftliche Studium mit dem Ziel der ersten juristischen Prüfung (TStudPO) vom 20. Juli 2017*

* in der Fassung der Änderungsordnung vom 01.08.2018 (Verköndungsblatt der Universität Trier vom 08.08.2018, S. 32)

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. März 2017 (GVBl. S. 17), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs V der Universität Trier am 05. Juli 2017 die folgende Ordnung beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident mit Schreiben vom 17. Juli 2017 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

I. Allgemeines

§ 1 Prüfungsamt

- (1) Für die Durchführung dieser Ordnung wird ein Prüfungsamt des Fachbereichs V - Rechtswissenschaft eingerichtet. Das Prüfungsamt ist insbesondere zuständig für
 1. Gewährung von Verlängerung der Bearbeitungszeit und sonstigem Ausgleich (§ 2 Abs. 6),
 2. die Ausstellung von Zeugnissen (§ 2 Abs. 8) und Bescheiden (§ 2 Abs. 9),
 3. die Anerkennung einer Verhinderung (§ 3),
 4. den Ausschluss von der Prüfung (§ 4 Abs. 3),
 5. Rücknahmen und Versagungen (§ 5),
 6. die Zulassung zur Teilnahme an einer Leistungskontrolle (§ 8),
 7. Entscheidungen über die Anerkennung anderer Leistungen (§ 9 Abs. 2, § 11, § 14 Abs. 5), die Anrechnung von Fehlversuchen (§ 10 Abs. 2) und in Wiederholungsfällen nach § 20 Abs. 4,
 8. die Fristberechnung und Fristverlängerung (§ 10),
 9. die Durchführung der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (im Folgenden: Schwerpunktbereichsprüfung) gemäß §§ 14 – 19,
 10. die Festlegung der zulässigen Hilfsmittel für die Schwerpunktbereichsprüfung.In den Fällen der Nummern 4, 5 und 10 entscheidet das Prüfungsamt nach Anhörung der Übungsleiterin oder des Übungsleiters oder der Prüferin oder des Prüfers.
- (2) Die Dekanin oder der Dekan leitet das Prüfungsamt und bestimmt im Einvernehmen mit dem Fachbereichsrat über dessen Organisationsstruktur.
- (3) Die Dekanin oder der Dekan wird ermächtigt, weitere Einzelheiten des Verfahrens festzulegen.

§ 2 Durchführung der Prüfung

- (1) Studien- und Prüfungsleistungen können nur erbracht und bescheinigt werden, wenn die Studierenden in dem Studiengang, zu dem die Studien- und Prüfungsleistungen gehören, an der Universität Trier eingeschrieben sind; § 67 Abs. 4 HochSchG (Frühstudierende) bleibt unberührt.
- (2) Die Auswahl der Prüfungsaufgaben und die Bewertung der Prüfungsleistungen liegen in der Verantwortung der jeweils zuständigen Prüferin oder des jeweils zuständigen Prüfers.
- (3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen gilt § 1 der Verordnung des Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243). Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens vier Punkten (ausreichend) bewertet worden ist.
- (4) Der Antrag auf Zulassung zur Teilnahme an einer Prüfung ist innerhalb der vom Prüfungsamt bestimmten Antragsfrist zu stellen. Erforderliche Nachweise haben die Bewerberinnen und Bewerber vorzulegen, insbesondere über Fehlversuche an anderen Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Für die Zwischenprüfung gilt § 8.

- (5) Die zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber haben sich auf Verlangen bei jeder Prüfung durch einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild auszuweisen. Die schriftlichen Arbeiten sind mit dem Namen und der Matrikelnummer der Bearbeitenden und Bearbeiter zu versehen und von diesen eigenhändig zu unterzeichnen.
- (6) Schwangeren Studentinnen gewährt das Prüfungsamt auf Antrag eine Bearbeitungszeitverlängerung oder einen sonstigen angemessenen Ausgleich. Gleiches gilt für schwerbehinderte und diesen gleichgestellte behinderte Menschen im Sinne des § 2 Abs. 2 und 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch. Anderen Studierenden, die wegen einer ärztlich attestierten Erkrankung bei der Fertigung der Aufsichtsarbeiten erheblich beeinträchtigt sind, kann ebenfalls ein angemessener Nachteilsausgleich gewährt werden. Art, Schwere und voraussichtliche Dauer einer nicht offenkundigen Erkrankung sollen durch amtsärztliches Zeugnis nachgewiesen werden.
- (7) Die Führung der Aufsicht obliegt der für die Abnahme der Prüfung zuständigen Dozentin oder dem für die Abnahme der Prüfung zuständigen Dozenten. Sie oder er kann hiermit eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter beauftragen, die mindestens das erste juristische Staatsexamen oder die erste juristische Prüfung erfolgreich abgelegt haben. Weitere Aufsichtspersonen können hinzugezogen werden. § 15 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt.
- (8) Über das Bestehen der Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt.
- (9) Über das endgültige Nichtbestehen wird ein Bescheid erteilt. Studierende, die die Universität Trier ohne Abschluss verlassen, erhalten auf Antrag gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine zusammenfassende Bescheinigung über erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen.
- (10) Studierende können sich über Teilergebnisse der Prüfung vor Abschluss ihrer Prüfung unterrichten.
- (11) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

§ 3 Verhinderung, Fristüberschreitung

- (1) Ein Rücktritt nach Zulassung zur Prüfung ist ausgeschlossen. Nimmt ein zugelassener Prüfling an einer Aufsichts- oder Studienarbeit nicht teil oder gibt er diese nicht oder nicht rechtzeitig ab, so gilt der betreffende Prüfungsteil als abgelegt und nicht bestanden (0 Punkte). Nimmt ein zugelassener Prüfling an einer mündlichen Prüfung nicht teil oder bricht er sie vorzeitig ab, so gelten alle Prüfungsteile (schriftlich und mündlich) als abgelegt und nicht bestanden. Sätze 2 und 3 gelten nicht, wenn er an der Teilnahme oder an der Anfertigung aus einem Grund verhindert war, den er nicht zu vertreten hat. Die versäumte Prüfungsleistung ist in einem neuen Prüfungstermin unter neuer Aufgabenstellung nachzuholen.
- (2) Der Antrag auf Anerkennung der Verhinderung ist unter Angabe des Grundes unverzüglich beim Prüfungsamt zu stellen. Der Grund ist glaubhaft zu machen. Die Anerkennung einer Verhinderung ist dem Prüfling zu bescheinigen.
- (3) Hängt die Einhaltung einer für die Meldung oder Ablegung einer Prüfung oder ihrer Wiederholung vorgeschriebenen Frist von Studienzeiten ab, werden Verlängerungen und Unterbrechungen nicht berücksichtigt, soweit sie
 1. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsmäßig vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerks,
 2. durch Krankheit, eine Behinderung oder andere von den Studierenden nicht zu vertretenden Gründe oder
 3. durch Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes
 bedingt waren; im Falle der Nummer 3 ist mindestens die Inanspruchnahme der Fristen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes sowie entsprechend den Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) über die Elternzeit zu ermöglichen. Bis zu insgesamt zwei Semestern unberücksichtigt bleiben ferner
 1. ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium oder

2. Zeiten, in denen die oder der Studierende an einer deutschen Universität eine fachspezifische Zusatzausbildung erfolgreich absolviert hat, die dem Studium ausländischen Rechts an einer ausländischen Hochschule vergleichbar ist.
- (4) Die Nachweise obliegen den Studierenden. Bei einer Verhinderung oder Fristüberschreitung wegen Krankheit ist ein ärztliches Attest vorzulegen; darüber hinaus kann ein amtsärztliches Zeugnis verlangt werden.

§ 4 Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, Störung

- (1) Bei der Ablegung der Prüfung dürfen nur die zugelassenen Hilfsmittel mitgeführt und verwendet werden.
- (2) Die oder der Aufsichtsführende (§ 2 Abs. 7) kann Teilnehmerinnen oder Teilnehmer wegen der Mitführung oder Verwendung nicht zugelassener Hilfsmittel oder wegen des Versuches einer sonstigen Täuschung zu eigenem oder fremdem Vorteil oder wegen eines erheblichen Verstoßes gegen die Ordnung von der Teilnahme oder der Fortsetzung der Arbeit ausschließen. Über den Ausschluss ist eine Niederschrift anzufertigen.
- (3) In besonders schweren Fällen kann das Prüfungsamt einen Ausschluss von der weiteren Teilnahme an der Prüfung aussprechen. § 19 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (4) Eine unter Mitführung oder Verwendung nicht zugelassener Hilfsmittel oder unter sonstiger Täuschung angefertigte schriftliche Arbeit ist als „ungenügend“ zu bewerten.

§ 5 Rücknahme und Versagung von Nachweisen

- (1) Ein Prüfungsnachweis ist zurückzunehmen, wenn dieser selbst, die Zulassung zu einer Prüfung, eine Fristverlängerung, die Anerkennung einer Verhinderung oder ein für diese Entscheidungen notwendiger Nachweis durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch unrichtige und unvollständige Angaben erwirkt worden ist oder wenn sich bezüglich einer für einen Nachweis erforderlichen Leistung ein Fall des § 4 Abs. 3 nachträglich herausstellt. Im letzteren Falle kann die Wiederholung des betreffenden Prüfungsteils innerhalb einer bestimmten Frist gestattet werden, wenn zur Zeit der Setzung des Rücknahmegrundes noch eine Wiederholungsmöglichkeit bestanden hatte.
- (2) Wird ein Fall des Absatzes 1 erst nach Aushändigung des Zeugnisses über das Bestehen der Prüfung bekannt, so kann innerhalb von fünf Jahren seit Abschluss des letzten Prüfungsteils das Prüfungsergebnis entsprechend berichtigt oder die Prüfung für nicht bestanden erklärt werden; das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen. Das Bestehen der zweiten juristischen Staatsprüfung schließt jede Änderung aus.
- (3) Die in Absatz 1 angeführten Nachweise und Entscheidungen sind zu versagen, wenn vorher Tatsachen bekannt werden, die einen Rücknahmegrund darstellen.

II. Zwischenprüfung

§ 6 Zweck der Zwischenprüfung

- (1) Während des rechtswissenschaftlichen Studiums wird eine Zwischenprüfung in der Form studienbegleitender Leistungskontrollen unter Prüfungsbedingungen (§§ 2 bis 5) durchgeführt. Mit den Kontrollen wird festgestellt, ob die Studierenden für die weitere Ausbildung fachlich geeignet sind. Die Kontrollen erstrecken sich auf das Bürgerliche Recht, das Strafrecht und das Öffentliche Recht (Kontrollfächer).
- (2) Der erfolgreiche Abschluss der Zwischenprüfung ist Voraussetzung für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung sowie gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 7 JAPO zur staatlichen Pflichtfachprüfung.

§ 7 Inhalt und Durchführung der Zwischenprüfung

- (1) Die Zwischenprüfung besteht aus acht Aufsichtsarbeiten und einer Hausarbeit für Anfänger (Leistungskontrollen). Die Aufsichtsarbeiten werden im Rahmen von Vorlesungen im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht gemäß der Anlage zu § 7 Abs. 1 durchgeführt. Die Bearbeitungszeit für die Aufsichtsarbeiten beträgt zwei Zeitstunden.
- (2) Die Hausarbeit wird in jedem Studienhalbjahr im Rahmen einer Übung zur Fallbearbeitung im Bürgerlichen Recht oder im Strafrecht oder im Öffentlichen Recht in der vorlesungsfreien Zeit angeboten. Die empfohlene Bearbeitungszeit beträgt auch bei einer großzügigeren Bemessung der Gesamtausgabezeit zwei Wochen.
- (3) Die Durchführung der Leistungskontrollen unter Prüfungsbedingungen (§§ 2 bis 5) liegt in der Verantwortung der Dozentin oder des Dozenten der jeweiligen Veranstaltung als Prüferin oder Prüfer. Kommen mehrere Dozentinnen oder Dozenten in Betracht, bestimmt die Dekanin oder der Dekan die Prüferin oder den Prüfer.

§ 8 Teilnahmeberechtigung, Zulassung

- (1) Zur Teilnahme an den Aufsichtsarbeiten sind die für das rechtswissenschaftliche Studium an der Universität Trier eingeschriebenen Studierenden berechtigt und verpflichtet, soweit sie die Aufsichtsarbeit zu der betreffenden Vorlesung noch nicht bestanden haben. Anderen Studierenden des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Trier kann aus besonderen Gründen die Teilnahme an den Aufsichtsarbeiten gestattet werden.
- (2) Die für das rechtswissenschaftliche Studium an der Universität Trier eingeschriebenen Studierenden sind berechtigt, an allen in den ersten vier Fachsemestern angebotenen Hausarbeiten für Anfänger teilzunehmen. Sie sind verpflichtet, in den ersten drei Fachsemestern mindestens eine Hausarbeit für Anfänger anzufertigen.
- (3) Die Zulassung zu den Leistungskontrollen setzt voraus, dass die erstmalige Teilnahme oder die Wiederholung innerhalb der Kontrollfrist (§ 10) erfolgt.
- (4) Die Zulassung zu den Leistungskontrollen folgt ohne gesondertes Verfahren aus der Einschreibung bzw. Rückmeldung des Studierenden in das Fachsemester, für das die erstmalige Teilnahme bzw. Wiederholung vorgesehen ist. Eine gesonderte Mitteilung erfolgt nicht.

§ 9 Bestehen der Zwischenprüfung

- (1) Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn jede der Leistungskontrollen innerhalb der Kontrollfrist (§ 10) bestanden worden ist. Andernfalls ist sie nicht bestanden.
- (2) Zwischenprüfungen im Studiengang Rechtswissenschaft einer anderen Universität oder einer gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland werden anerkannt. Einzelne Prüfungsleistungen zur Zwischenprüfung sowie Prüfungsleistungen, die nicht in einem rechtswissenschaftlichen Studiengang erbracht wurden, werden angerechnet, wenn sie den Leistungskontrollen inhaltlich, quantitativ und qualitativ entsprechen. Das Prüfungsamt entscheidet über die Anerkennung bzw. Anrechnung nach Vorlage der hierfür erforderlichen Unterlagen durch die Studierenden.

§ 10 Kontrollfrist, Wiederholung

- (1) Die Studierenden müssen sich den Aufsichtsarbeiten bis zum Ende des dritten Fachsemesters nach Maßgabe der Anlage a) zu § 7 Abs. 1 unterzogen haben, Studierende mit Studienbeginn im Sommersemester nach Maßgabe der Anlage b) bis zum Ende des vierten Fachsemesters; Nichtteilnahme gilt als Nichtbestehen (§ 3 Abs. 1).
- (2) Jede Aufsichtsarbeit kann bei Nichtbestehen zu Beginn des Folgesemesters wiederholt werden. Bei erneutem Nichtbestehen ist eine Teilnahme an den entsprechenden Aufsichtsarbeiten des Folgejahrgangs einschließlich der zugehörigen ersten Wiederholungsmöglichkeit letztmals möglich. Fehlversuche an anderen inländischen Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen sind auf die zulässige Zahl der Versuche anzurechnen. Die Wiederholung ist für Studierende mit Studienbeginn im Wintersemester letztmals bis zum Ende des sechsten Fachsemesters, für

Studierende mit Studienbeginn im Sommersemester letztmals bis zum Ende des siebten Fachsemesters möglich.

- (3) Wird in den ersten drei Fachsemestern keine Hausarbeit angefertigt, gilt die Hausarbeit als erstmals nicht bestanden (0 Punkte). Ist die Hausarbeit nicht in den ersten drei Fachsemestern bestanden worden, so kann sie letztmals im vierten Fachsemester wiederholt werden.
- (4) Bei einer Überschreitung der Kontrollfristen ist in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag eine angemessene Verlängerung zu bewilligen. § 3 Abs. 2 bis 4 gilt entsprechend.
- (5) Ist im Falle einer Verhinderung zugleich eine Kontrollfrist verstrichen, so ist mit der Anerkennung der Verhinderung (§ 3 Abs. 2) die Kontrollfrist zu verlängern.

III. Übungen für Fortgeschrittene

§ 11 Teilnahmeberechtigung

Zur Teilnahme an den Übungen für Fortgeschrittene im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht sind die für das rechtswissenschaftliche Studium an der Universität Trier immatrikulierten Studierenden berechtigt, die eine Zwischenprüfung an der Universität Trier oder an einer anderen inländischen Universität oder gleichgestellten Hochschule im Studiengang Rechtswissenschaft bestanden haben. Ferner sind die Studierenden berechtigt, die alle für das betreffende Fach vorgesehenen Aufsichtsarbeiten und eine Hausarbeit für Anfänger nach Wahl bestanden haben. § 9 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen soll spätestens bei der Ausgabe der Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an der Übung für Fortgeschrittene kontrolliert werden.

§ 12 Anzuwendende Vorschriften

Auf die Durchführung von Übungen für Fortgeschrittene finden § 1 (mit Ausnahme von Absatz 1 Satz 2 Nr. 7), § 3 und § 5 Abs. 1 Satz 2 keine Anwendung.

IV. Universitäre Schwerpunktbereichsprüfung

§ 13 Studium im Schwerpunktbereich und universitäre Schwerpunktbereichsprüfung, Prüferinnen und Prüfer

- (1) Das Studium im Schwerpunktbereich ermöglicht die wissenschaftliche Vertiefung von Rechtsgebieten, die mit denen des Pflichtfachstudiums in Zusammenhang stehen. Die Lehrveranstaltungen des Schwerpunktbereichs umfassen in der Regel 16 Semesterwochenstunden. Die Lehrveranstaltungen sollen so angeboten werden, dass sie im Zeitraum vom 5. bis 8. Studiensemester belegt werden können.
- (2) Die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung dient der Feststellung des wissenschaftlichen Verständnisses und der Befähigung zur praktischen Rechtsanwendung in einem von dem Prüfling zu wählenden Schwerpunktbereich.
- (3) Die Studierenden sind verpflichtet, sich bei dem Prüfungsamt für einen Schwerpunktbereich anzumelden. Gliedert sich der Schwerpunktbereich in mehrere Teilschwerpunkte, so ist auch der gewählte Teilschwerpunkt anzugeben. Die Anmeldung soll im 5. Fachsemester bis zu einer vom Dekan festzusetzenden Frist erfolgen. Ein Wechsel des Schwerpunktbereiches ist durch Mitteilung an das Prüfungsamt möglich.
- (4) Schwerpunktbereiche sind:
 1. Grundlagen der europäischen Rechtsentwicklung,
 2. Unternehmensrecht,
 3. Arbeits- und Sozialrecht,
 4. Wirtschafts- und Steuerstrafrecht sowie Europäisches und Internationales Strafrecht,
 5. Umwelt und Infrastruktur,
 6. Europäisches und internationales Recht,
 7. Deutsches und Internationales Steuerrecht,

8. Recht der Informationsgesellschaft und des Geistigen Eigentums.

Die Gegenstände des Schwerpunktbereichsstudiums sind in der Anlage geregelt.

- (5) Prüferinnen und Prüfer in der Schwerpunktbereichsprüfung sind die im Fachbereich tätigen
1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 2. Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Privatdozentinnen und Privatdozenten,
 3. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren,
 4. Vertreterinnen und Vertreter einer Professur und
 5. Lehrbeauftragten im Schwerpunktbereich.

Das Prüfungsamt kann im Rahmen des § 25 Abs. 4 HochSchG weitere Prüferinnen und Prüfer bestellen, die entweder die Befähigung zum Richteramt besitzen oder an einer Juristischen Fakultät den Grad eines Doktors der Rechtswissenschaft erlangt haben. Die Bestellung ist auf zwei Jahre zu befristen. Sie kann verlängert werden. Darüber hinaus können wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs mit Lehraufgaben zu Prüferinnen und Prüfern für die Studienarbeit bestellt werden.

§ 14 Durchführung der Schwerpunktbereichsprüfung

- (1) Die Schwerpunktbereichsprüfung besteht aus
1. zwei Aufsichtsarbeiten und
 2. einer mündlichen Prüfung.
- (2) Die Schwerpunktbereichsprüfung wird in jedem Semester durchgeführt. Sie soll im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit den Terminen der staatlichen Pflichtfachprüfung angeboten werden.
- (3) Das Prüfungsamt kann im Einvernehmen mit den für den Schwerpunktbereich verantwortlichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern vorsehen, dass in diesem Schwerpunktbereich eine Aufsichtsarbeit durch eine Studienarbeit als studienbegleitende Prüfungsleistung ersetzt wird. Die Studierenden werden bei der Entscheidung für einen Schwerpunktbereich über die jeweilige Ausgestaltung der Prüfung in Kenntnis gesetzt.
- (4) Zur Schwerpunktbereichsprüfung wird zugelassen, wer
- mindestens sechs Studienhalbjahre Rechtswissenschaft studiert hat, davon mindestens vier Studienhalbjahre an einer deutschen Universität,
 - Lehrveranstaltungen in den Pflichtfächern im Sinne der rheinland-pfälzischen JAPO besucht hat,
 - an je einer Übung für Fortgeschrittene im Bürgerlichen Recht, Strafrecht und Öffentliches Recht erfolgreich teilgenommen hat,
 - an einem Seminar oder einer gleichwertigen Lehrveranstaltung in einem Grundlagenfach erfolgreich teilgenommen hat,
 - erfolgreich eine fremdsprachige rechtswissenschaftliche Veranstaltung oder einen rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkurs besucht hat,
 - eine Zwischenprüfung bestanden hat,
 - die beiden der Ablegung der Schwerpunktbereichsprüfung vorausgegangenen Semester an der Universität Trier für den Studiengang Rechtswissenschaft eingeschrieben war.
- § 16 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (5) Nicht am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Trier erworbene gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen werden anerkannt.

§ 15 Aufsichtsarbeit

- (1) Die Aufsichtsarbeit besteht aus einer in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht einfachen Fallgestaltung oder einer wissenschaftlichen Aufgabenstellung. Die Bearbeitungszeit beträgt fünf Stunden. Sie ist unter einer Kennziffer zu fertigen, deren Zuordnung zu den Prüflingen den Prüferinnen und Prüfern erst nach der endgültigen Bewertung mitgeteilt werden darf. Das Prüfungsamt bestimmt die Aufsichtspersonen.

- (2) Die Aufsichtsarbeit wird von zwei Prüferinnen oder Prüfern persönlich bewertet, von denen eine oder einer hauptamtliche Hochschullehrerin oder hauptamtlicher Hochschullehrer, Hochschuldozentin oder Hochschuldozent, Privatdozentin oder Privatdozent des Fachbereichs sein soll. Der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer wird die Bewertung der Erstprüferin oder des Erstprüfers mitgeteilt. Die Bewertung ist zu begründen.
- (3) Weichen die Bewertungen der beiden Prüfenden um nicht mehr als 3,00 Punkte voneinander ab, so gilt die Durchschnittspunktzahl. Bei größeren Abweichungen bestimmt das Prüfungsamt eine Prüferin oder einen Prüfer, die oder der die Punktzahl im Rahmen der abweichenden Bewertungen festsetzt (Stichentscheid).

§ 16 Studienarbeit

- (1) Die Studienarbeit besteht aus einer wissenschaftlichen Aufgabenstellung im Rahmen eines Seminars (Prüfungsseminar). Der Prüfling hat eine schriftliche Ausarbeitung zu fertigen und ein Referat zu halten. Zudem findet eine Aussprache über das bearbeitete Thema statt.
- (2) Zur Studienarbeit wird zugelassen, wer
 - a) die Zwischenprüfung bestanden und mindestens zwei Fortgeschrittenenübungen mit Erfolg besucht hat,
 - b) sich zum Zeitpunkt des Abschlusses der Studienarbeit im 6. oder einem höheren Fachsemester befindet.
- (3) Die Seminarleiterin oder der Seminarleiter weist Veranstaltungen, in deren Rahmen eine Studienarbeit angefertigt werden kann, als Prüfungsseminar aus und legt dem Prüfungsamt eine Themenliste vor. Das Prüfungsamt gibt die Prüfungsseminare rechtzeitig bekannt und weist den angemeldeten Prüflingen im Einvernehmen mit der Seminarleiterin oder dem Seminarleiter die Themen zu. Die Teilnehmerzahl kann beschränkt werden.
- (4) Die Bearbeitungszeit für die Studienarbeit beträgt vier Wochen. Sie kann auf Antrag der Seminarleiterin oder des Seminarleiters um bis zu einer Woche verlängert werden. Das Prüfungsamt legt die Fristen im Einzelnen fest. Für die Bewertung der Studienarbeit gilt § 15 Abs. 2 und 3 entsprechend.
- (5) Der Studienarbeit ist eine Versicherung des Prüflings beizufügen, dass dieser sie selbständig angefertigt und nur die angegebenen Hilfsmittel verwendet hat.

§ 17 Mündliche Prüfung

- (1) Zur mündlichen Prüfung wird zugelassen, wer beide Teile der schriftlichen Prüfung abgelegt und insgesamt mindestens acht Punkte erreicht hat. Im anderen Fall ist die Schwerpunktbereichsprüfung nicht bestanden.
- (2) Die mündliche Prüfung wird von zwei Prüferinnen oder Prüfern abgenommen, von denen eine oder einer Hochschullehrerin oder Hochschullehrer (§ 13 Abs. 5 Nr. 1), Hochschuldozentin oder Hochschuldozent oder Privatdozentin oder Privatdozent (§ 13 Abs. 5 Nr. 2) des Fachbereichs sein soll (Prüfungsausschuss). Können sich die prüfenden Personen nicht über die Bewertung einigen, so gilt die Durchschnittspunktzahl der beiden vorgeschlagenen Noten als Note der mündlichen Prüfung.
- (3) Die mündliche Prüfung soll pro Prüfling zehn Minuten dauern und kann als Gruppenprüfung mit regelmäßig vier Prüflingen durchgeführt werden. Über die Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, aus der die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung hervorgehen.
- (4) Studierende der Rechtswissenschaft können bei der mündlichen Prüfung im Schwerpunktbereich und der Verkündung der Prüfungsergebnisse anwesend sein, soweit hierzu räumliche Kapazitäten bestehen. Erforderlich ist eine vorherige Anmeldung beim Prüfungsamt. Prüflinge derselben Prüfungskampagne sind als Zuhörer am Tag der eigenen Prüfung ausgeschlossen. Die betroffenen Prüflinge können der Anwesenheit von Zuhörern bei der Anmeldung zur Prüfung widersprechen. Auf Antrag von Prüflingen kann die zentrale Gleichstellungsbeauftragte oder die des Fachbereichs an der Prüfung teilnehmen. Die Beratung

der Prüfungsergebnisse findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Gleichstellungsbeauftragten statt.

§ 18 Gesamtergebnis

- (1) Die Ergebnisse der beiden schriftlichen Prüfungsleistungen und der mündlichen Prüfung fließen zu je einem Drittel in die Berechnung der Gesamtnote ein. Das Ergebnis ist auf zwei Dezimalstellen ohne Rundung zu bestimmen.
- (2) Die Schwerpunktbereichsprüfung ist bestanden, wenn die nach Absatz 1 errechnete Gesamtpunktzahl mindestens 4,00 Punkte beträgt. Bei bestandener Prüfung kann der Prüfungsausschuss das Gesamtergebnis um bis zu einen Punkt erhöhen, wenn das den Leistungsstand des Prüflings besser kennzeichnet.
- (3) Das Prüfungsamt erteilt über das Bestehen der Schwerpunktbereichsprüfung ein Zeugnis, in dem der gewählte Schwerpunktbereich, die Einzelnoten und die Endnote sowie die jeweiligen Punktzahlen bescheinigt werden.
- (4) Ist die Schwerpunktbereichsprüfung nicht bestanden, wird dies dem Prüfling mit einer Rechtsbehelfsbelehrung schriftlich mitgeteilt.
- (5) Gegen die Entscheidung über das Bestehen oder Nichtbestehen der Schwerpunktbereichsprüfung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Prüfungsamt Widerspruch eingelegt werden. Über den Widerspruch entscheidet das Prüfungsamt.

§ 19 Wiederholungsprüfung, Freiversuch

- (1) Wer die Schwerpunktbereichsprüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal innerhalb eines Jahres wiederholen. Fehlversuche an anderen Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sind auf die zulässige Zahl der Prüfungsversuche anzurechnen. Bei einem Scheitern in der schriftlichen Prüfung sind sämtliche schriftlichen Arbeiten neu zu fertigen. Bei einem Scheitern in der Schwerpunktbereichsprüfung aufgrund des Ergebnisses der mündlichen Prüfung ist nur diese zu wiederholen.
- (2) Die Schwerpunktbereichsprüfung gilt im Falle des erstmaligen Nichtbestehens als nicht unternommen (Freiversuch), wenn sie innerhalb der Regelstudienzeit von neun Semestern abgelegt wurde. Schwerpunktbereichsprüfungen, die wegen Täuschung oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens für nicht bestanden erklärt wurden, sind vom Freiversuch ausgeschlossen.
- (3) Die Schwerpunktbereichsprüfung kann zur Notenverbesserung einmal wiederholt werden. Sie ist vollständig zu wiederholen. Die schriftlichen Arbeiten sind spätestens innerhalb eines Jahres nach dem ersten Bestehen der Schwerpunktbereichsprüfung zu fertigen. Wird eine Notenverbesserung nicht erreicht, bleibt die im ersten Prüfungsversuch erzielte Note gültig.

V. Schlussbestimmung

§ 20 Geltung, Inkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Verkündungsblatt der Universität Trier in Kraft. Gleichzeitig tritt die Teilstudien- und Zwischenprüfungsordnung des Fachbereichs V – Rechtswissenschaft der Universität Trier für das rechtswissenschaftliche Studium mit dem Ziel der ersten juristischen Prüfung (TStudPO) vom 23.09.2004 außer Kraft.
- (2) Diese Ordnung gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2017/18 ein rechtswissenschaftliches Studium am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Trier aufgenommen haben.
- (3) Für Studierende, die vor dem 1. Juli 2003 ihr rechtswissenschaftliches Studium begonnen haben, gilt die vorliegende Ordnung mit der Maßgabe, dass die Zwischenprüfung als bestanden

gilt, wenn sie an je einer Übung im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht erfolgreich teilgenommen haben.

- (4) Für Studierende, die vor dem Wintersemester 2017/18 im Studiengang Rechtswissenschaft immatrikuliert waren, gelten hinsichtlich der Zwischenprüfung die §§ 6 bis 10 sowie für die Teilnahmeberechtigung an der Übung für Fortgeschrittene der § 11 der TStudPO vom 23.09.2004. Im Übrigen gilt diese Ordnung. Die Übung für Anfänger gem. § 8 der TStudPO vom 23.09.2004 wird letztmalig im Wintersemester 2017/18 im Öffentlichen Recht angeboten. Soweit die Studierenden die Zwischenprüfung noch nicht abgeschlossen haben, gilt folgende Wiederholungsregelung: Die Leistungskontrolle im Zivilrecht wird wiederholt mit der Aufsichtsarbeit zur Vorlesung Einführung in das Zivilrecht I am Ende des Wintersemesters 2017/18 (einschließlich der ersten Wiederholungsmöglichkeit hierzu). Die Leistungskontrolle im Strafrecht wird wiederholt mit der Aufsichtsarbeit zur Vorlesung Einführung in das Strafrecht I am Ende des Wintersemesters 2017/18 (einschließlich der ersten Wiederholungsmöglichkeit hierzu). Die Leistungskontrolle im Öffentlichen Recht wird wiederholt mit der Aufsichtsarbeit zur Vorlesung Staatsorganisationsrecht am Ende des Sommersemesters 2018 (einschließlich der ersten Wiederholungsmöglichkeit hierzu). Im Falle einer Verhinderung (§ 3) entscheidet das Prüfungsamt, mit welcher der nächsten Aufsichtsarbeiten die fehlende Zwischenprüfungsleistung erbracht werden kann.

Trier, den 20. Juli 2017

Der Dekan des Fachbereich V
der Universität Trier

Prof. Dr. Hans-Friedrich Müller, LL.M.

Anlage zu § 7 Abs. 1, Inhalt und Durchführung der Zwischenprüfung

Anlage a) zu § 7 Abs. 1, Inhalt und Durchführung der Zwischenprüfung (bei Studienbeginn im Wintersemester)

Die Aufsichtsarbeiten als Teil der Leistungskontrollen zur Zwischenprüfung werden wie folgt durchgeführt:

1. Im ersten Fachsemester als Abschlussklausuren zu den Vorlesungen
 - a) Einführung in das Zivilrecht I (Klausur Zivilrecht I)
 - b) Einführung in das Strafrecht I (Klausur Strafrecht I)
 - c) Staatsorganisationsrecht mit Verfassungsprozessrecht (Klausur Öffentliches Recht II)

2. Im zweiten Fachsemester als Abschlussklausuren zu den Vorlesungen
 - a) Einführung in das Zivilrecht II - Allgemeines Schuldrecht mit Kauf- und Werkvertragsrecht (Klausur Zivilrecht II)
 - b) Einführung in das Strafrecht II (Klausur Strafrecht II)
 - c) Grundrechte mit Verfassungsprozessrecht (Klausur Öffentliches Recht I)

3. Im dritten Fachsemester als Abschlussklausuren zu den Vorlesungen
 - a) Schuldrecht BT (ohne Kauf- und Werkvertragsrecht) und Sachenrecht (Klausur Zivilrecht III, gemeinsame Abschlussklausur)
 - b) Allgemeines Verwaltungsrecht (Klausur Öffentliches Recht III)

Anlage b) zu § 7 Abs. 1, Inhalt und Durchführung der Zwischenprüfung (bei Studienbeginn im Sommersemester)

Die Aufsichtsarbeiten als Teil der Leistungskontrollen zur Zwischenprüfung werden wie folgt durchgeführt:

1. Im ersten Fachsemester als Abschlussklausur zu der Vorlesung
Einführung in das Staatsrecht - Grundrechte mit Verfassungsprozessrecht (Klausur Öffentliches Recht I)

2. Im zweiten Fachsemester als Abschlussklausuren zu den Vorlesungen
 - a) Einführung in das Zivilrecht I (Klausur Zivilrecht I)
 - b) Einführung in das Strafrecht I (Klausur Strafrecht I)
 - c) Staatsorganisationsrecht mit Verfassungsprozessrecht (Klausur Öffentliches Recht II)

3. Im dritten Fachsemester als Abschlussklausuren zu den Vorlesungen
 - a) Einführung in das Zivilrecht II - Allgemeines Schuldrecht mit Kauf- und Werkvertragsrecht (Klausur Zivilrecht II)
 - b) Einführung in das Strafrecht II (Klausur Strafrecht II)

4. Im vierten Fachsemester als Abschlussklausuren zu den Vorlesungen
 - a) Schuldrecht BT (ohne Kauf- und Werkvertragsrecht) und Sachenrecht (Klausur Zivilrecht III, gemeinsame Abschlussklausur)
 - b) Allgemeines Verwaltungsrecht (Klausur Öffentliches Recht III)

Anlage zu § 13 Abs. 4: Gegenstände von Studium und Prüfung im Schwerpunktbereich

1. Grundlagen der europäischen Rechtsentwicklung:

- a) Teilschwerpunkt Entwicklung des Privatrechts:
 - aa) Römische Rechtsgeschichte und Römisches Privatrecht,
 - bb) Rechtsentwicklungen im Mittelalter (Deutsche Rechtsgeschichte),
 - cc) Neuere Privatrechtsgeschichte,
 - dd) Rechtsphilosophie,
 - ee) Methodenlehre,
 - ff) Wahlpflichtfach aus den Bereichen:
 - Rechtsvergleichung,
 - Europäisches Recht,
 - Kirchen- und Staatskirchenrecht.
- b) Teilschwerpunkt Entwicklung des Rechts in der Neuzeit:
 - aa) Rechtsentwicklungen im Mittelalter (Deutsche Rechtsgeschichte),
 - bb) Verfassungsgeschichte der Neuzeit,
 - cc) Strafrechtsgeschichte der Neuzeit,
 - dd) Neuere Privatrechtsgeschichte,
 - dd) Rechtsphilosophie,
 - ee) Methodenlehre,
 - ff) Wahlpflichtfach aus den Bereichen:
 - Rechtsvergleichung,
 - Europäisches Recht,
 - Kirchen- und Staatskirchenrecht.

2. Unternehmensrecht

- a) Grundzüge des Handelsrechts (Kaufleute, Handelsregister, Handelsfirma, Prokura und Handlungsvollmacht, allgemeine Bestimmungen über Handelsgeschäfte, Handelskauf),
- b) Recht der Personengesellschaften,
- c) Recht der Kapitalgesellschaften,
- d) Grundzüge des Konzernrechts, des Umwandlungsrechts, des Übernahmerechts, des Kapitalmarktrechts und des Europäischen Gesellschaftsrechts,
- e) Unternehmensinsolvenzrecht einschließlich der Grundzüge des Europäischen Insolvenzrechts,
- f) Versicherungsvertragsrecht einschließlich der europarechtlichen und unternehmensrechtlichen Bezüge.

3. Arbeits- und Sozialrecht:

- a) Arbeitsrecht:
 - aa) Individualarbeitsrecht,
 - bb) Koalitions-, Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht,
 - cc) Betriebsverfassungsrecht,
 - dd) Europäisches und internationales Arbeitsrecht,
 - ee) Grundzüge des arbeitsgerichtlichen Verfahrens.
- b) Sozialrecht:
 - aa) Grundlagen des Sozialrechts und des Sozialversicherungsrechts,
 - bb) Sozialrechtliches Verwaltungsverfahren,
 - cc) Recht der Sozialversicherung,
 - dd) Grundzüge des sozialgerichtlichen Verfahrens,
 - ee) Europäisches Sozialrecht.

4. Wirtschafts- und Steuerstrafrecht sowie Europäisches und Internationales Strafrecht:

- a) Vertiefung im Strafrecht und Strafprozessrecht,
- b) Wirtschaftsstrafrecht,
- c) Steuerstrafrecht,
- d) Europäisches Strafrecht,
- e) Internationales Strafrecht,
- f) Völkerstrafrecht,
- g) Rechtsfolgen der Straftat,
- h) Jugendstrafrecht.

5. Umwelt und Infrastruktur:

- a) Umweltverfassungsrecht,
- b) Recht des Klimawandels und Infrastrukturrecht,
- c) Immissionsschutzrecht,
- d) Naturschutzrecht,
- e) Wasserrecht,
- f) Kreislaufwirtschaftsrecht,
- g) Internationale und europäische Bezüge des Umweltrechts,
- h) Umweltprivatrecht und Technikrecht.

6. Europäisches und internationales Recht:

- a) Grundbereich:
 - aa) Rechtsvergleichung,
 - bb) Internationales Privatrecht,
 - cc) Europarecht,
 - dd) Völkerrecht.
- b) Teilschwerpunkt Internationales Handels- und Wirtschaftsrecht:
 - aa) Internationales Handelsrecht,
 - bb) Europäisches und internationales Einheitsrecht,
 - cc) Europäisches und internationales Zivilverfahrensrecht,
 - dd) Recht der internationalen Streitbeilegung.
- c) Teilschwerpunkt Völker- und Europarecht:
 - aa) Besondere Bereiche des Europarechts (Wettbewerbsrecht, Außenbeziehungen, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik),
 - bb) Besondere Bereiche des Völkerrechts (Friedenssicherung, Menschenrechte, Wirtschaftsrecht, Seerecht),
 - cc) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichts erster Instanz.

7. Deutsches und Internationales Steuerrecht:

- a) Allgemeines Steuerrecht (insbes. Abgabenordnung),
- b) Einkommensteuerrecht (mit Grundzügen des Bilanzsteuerrechts),
- c) Unternehmenssteuerrecht (Personengesellschaften, Körperschaft- und Gewerbesteuerrecht),
- d) Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht (mit Grundzügen des Bewertungsrechts),
- e) Umsatzsteuerrecht,
- f) Europäisches und Internationales Steuerrecht.

8. Recht der Informationsgesellschaft und des Geistigen Eigentums:

- a) Recht des Geistigen Eigentums,
- b) Recht der Daten,
- c) Medien- und Persönlichkeitsrecht,
- d) Wettbewerbsrecht,
- e) IT- und Internetvertragsrecht.